

VON ALTENBURG BIS ZEULENRODA: THÜRINGEN IM HERBST 1989

I

*O Thüringen, bei deines Namens Klang
Ist's mir, als hört' ich Weltenstimmen tönen!
Das Land, wo Luther sprach und Goethe sang,
Die Heimat ist's des Herrlichen und Schönen.*

Dieses kleine Gedicht des dänischen Dichters Hans Christian Andersen befindet sich heute im Goethe- und Schiller-Archiv zu Weimar. Es drückt – auch durch die bloße Tatsache seiner Existenz als Werk eines Nichtdeutschen – das aus, was eine der Eigenschaften dieses Landes ausmacht, das zu Recht das “Grüne Herz Deutschlands” genannt wird: die Weltbedeutung, die aus der Enge der regionalen Verwurzelung entspringt.

Das war nicht nur zu Zeiten Luthers, Goethes und Andersens so. Auch im Herbst 1989 fanden auch in Thüringen Ereignisse statt, die durch ihre maßgebliche Rolle bei der gegen die kommunistische Herrschaft in der DDR gerichteten Revolution Weltbedeutung erlangten und die gleichzeitig durch örtliche Bedingungen geprägt sind. Einige dieser Vorgänge konnte ich in meinem Buch schildern, das anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des Ausbruchs dieser Revolution erschienen war;¹ diese Schilderungen liegen auch diesem Aufsatz zugrunde, ich verweise im einzelnen aber kaum noch ausdrücklich auf sie: Da nämlich in den Jahren 2009 und 2010 an vielen Orten des Teiles Deutschlands, der vorübergehend die DDR bildete, durch Ausstellungen und Publikationen der zwanzig Jahre zurückliegenden Ereignisse² gedacht wurde, haben inzwischen unsere Kenntnisse so sehr

¹ W. Schuller, *Die deutsche Revolution 1989* (Berlin 2009). Weitere Gesamtdarstellungen: E. Neubert, *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90* (München 2008); I.-S. Kowalczuk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR* (München 2009). In den folgenden Fußnoten führe ich aus Raumgründen all die Literatur nicht mehr an, die in diesen drei Büchern genannt ist.

² Zusammenfassende Arbeiten: H. Hoffmeister, M. Hempel, *Die Wende in Thüringen. Ein Rückblick* (Arnstadt und Weimar 2000) (mir jetzt erst bekanntgeworden); Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.), *1989–2009, Gesegnete Unruhe. Kampagne 20 Jahre friedliche Revolution. Arbeitsmaterial* (Eisenach 2009); Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der

zugenommen, dass die Fülle der Neuerscheinungen für den hier gegebenen Zweck mehr als hinreichend ist.³

Ich beschränke mich wegen der Fülle der Ereignisse auf Thüringen, die auch in dieser Beschränkung nur sehr knapp und exemplarisch wiedergegeben werden können, zum anderen aber auch deshalb, weil Thüringen diejenige deutsche Landschaft ist, deren politische und kulturelle Geschichte in besonderer Weise Deutschland selbst verkörpert. Als einigermaßen

ehemaligen DDR (Hg.), *Thüringen in der Revolution des Herbstes '89* (Erfurt 2009); M. Moritz, H. Moritz, *Ein besonderes Jahr: Thüringen: Mai 1989 / Mai 1990* (Erfurt 2009); Thüringer Landtag (Hg.), *Die "Runden Tische" der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl als vorparlamentarische Gremien im Prozess der Friedlichen Revolution 1989/1990* (Weimar 2009); H. Best, H. Mestrup (Hgg.), *Die Ersten und die Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR* (Weimar – Jena 2003).

³ Es handelt sich um die – manchmal mir erst jetzt bekannt gewordenen – Einzelpublikationen, die ich alphabetisch nach Orten geordnet hier anführe (und so auch zitiere): Altenburg 1 und 2: Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde Altenburg, Stadt Altenburg (Hgg.), *Begleitheft [1] und Abschlussdokumentation [2] 20 Jahre friedliche Revolution" in Altenburg* (Altenburg 2009); Eichsfeld 1: Stadt Duderstadt (Hg.), *Die Grenze mitten im Eichsfeld. Leid – Hoffnung – Freude* (Göttingen 1991); Eichsfeld 2: Grenzlandmuseum Eichsfeld (Hg.), *Grenze – mitten in Deutschland* (Heiligenstadt 2002); Eisenach: H. Müller-Enbergs, *Die Kreisdienststelle Eisenach und ihr inoffizielles Netz* (Erfurt 2010); Gotha 1: E. Hoffmann (Hg.), *Niemand konnte sie auslöschen. Die friedliche Revolution im Herbst 1989 in Gotha* (Gotha 2001); Gotha 2: M. Wenzel, *Wendezeiten. Gotha* (Erfurt 2009); Ilmenau: *geheimrat: Das Magazin für den Ilm-Kreis*, Nr. 30. November 1999; Jena: Stadtmuseum Jena / Geschichtswerkstatt Jena / Landesbeauftragte MfS-Unterlagen (Hgg.), *Die Friedliche Revolution in Jena. Gesichter des Herbstes 1989* (Jena 2010); Meiningen: H. Strohbusch, *Das Licht kam aus der Kirche. Die Wende in Meiningen 1989-1990* (Meiningen 2009); Mühlhausen 1: R. Rödel, *Mühlhausen 1989 – 15 Jahre danach. "Damit nicht vergessen wird"* (Mühlhausen 2004); Mühlhausen 2: R. Vetter, *Mühlhausen 1989–1990. "Damit nicht vergessen wird" II* (Mühlhausen 2009); Neustadt an der Orla: J. Schönfelder, *Kirche, Kerzen, Kommunisten. Die demokratische Revolution in Neustadt an der Orla 1989/90* (Weimar und Jena 2005); Rudolstadt: K. Christ, H. Franz, D. Offhauß, *Hoffnung beginnt mit der Erinnerung. Rudolstadt im Herbst 1989* (Rudolstadt 2009); Schmalkalden 1: K. Wagner, *Aufbruch im Advent* (Schmalkalden 2009) (DVD); Schmalkalden 2: U. Wagner, *Herbstblätter 89. Fragmente einer Revolution* (Schmalkalden 2009); Sondershausen: S. Bräunicke u. v. a., *Die friedliche Revolution in Sondershausen* (Erfurt 2009); Sonneberg: J. Reich, *Kirche, Kerzen, Klassenkampf. Erinnerungen und protokollarische Notizen aus der Wendezeit im Raum Sonneberg (Thüringen) und Neustadt bei Coburg (Bayern)* (Sonneberg o. J. [nach 1996]); Stadtroda: U. Hartmann (Zusammenstellung), *Die Friedliche Revolution (Wende) in Stadtroda* (Stadtroda 2010); Suhl: D. Weißbrodt, *Die Friedliche Revolution 1989/90 in Suhl* (Suhl 2009); Weimar: C. Victor, *Oktoberfrühling. Die Wende in Weimar* (Weimar 2009); Zeulenroda: Kulturförderverein Dreieinigkeitskirche e. V. und Evangelische Kirchengemeinde Zeulenroda (Hgg.), *20 Jahre friedliche Revolution. 20 Erinnerungen* (Zeulenroda – Triebes 2010).

einheitliches politisches Gebilde existiert es erst seit dem Ende des Ersten Weltkrieges, vorher war es der Inbegriff der deutschen Kleinstaaterei. Jeder dieser Staaten war nach Kräften bestrebt, politische Eigenständigkeit und kulturelles Schöpferium zu verkörpern. Daher ist Thüringen das Land, das die größte Dichte von fürstlichen Residenzen aufzuweisen hat, an deren Höfen Musik, Theater und bildende Kunst blühten; aber Thüringen zeigt sich auch in der kaum zählbare Fülle der großen und kleinen verwinkelten Städte mit ihren Marktplätzen und Kirchen, in denen die Künste gepflegt wurden. Sämtliche der im folgenden genannten und oft nahezu unbekannt Städte und Städtchen sind geschichtsträchtig in der unterschiedlichsten Weise – es muß hier bei diesem einmaligen Hinweis bleiben.

Ich hoffe, es freut meinen Deutschland so sehr verbundenen Freund Alexander Gavrilo, zu seinem 70. Geburtstag diese erste aus der neuesten Literatur gewonnene zusammenfassende Darstellung dargebracht zu bekommen.

II

1. Phase Vorbereitung

Wie in der gesamten DDR hatte sich die Herbstrevolution auch in Thüringen schon seit vielen Jahren vorbereitet, jedoch verfälscht diese teleologische Betrachtungsweise den Blick auf das Geschehen. Wenn jemals eine historische Entwicklung offen war, dann waren es diese langen Jahre etwa seit der Konferenz von Helsinki von 1975 mit ihren zunächst nur auf dem Papier stehenden Garantien der Menschenrechte, es hätte natürlich alles ganz anders ausgehen können. Dennoch erfaßte eine allmählich immer mehr zunehmende Unruhe das gesamte kommunistische Herrschaftsgebiet, und als 1985 der neue Generalsekretär der sowjetischen Partei, Michail S. Gorbatschow, zu der Erkenntnis gekommen war, daß die UdSSR mit den bisherigen Methoden nicht werde überleben können, steigerte sich das Tempo der Entwicklung weiter, aber natürlich immer noch nicht zielgerichtet auf das, was dann ab 1989 geschah.

Immerhin nahmen, auch in Thüringen, die Friedensaktivitäten unter dem Dach der evangelischen Kirche allmählich zu, Umweltgruppen gegen die im Sozialismus besonders rücksichtslose und gefährliche aber nach Möglichkeit geheimgehaltene Zerstörung der natürlichen Umwelt bildeten sich, Widerstand gegen den Verfall und den Abriß der alten Stadtkerne regte sich, aber all das geschah in kleinem Maßstab ohne größere Resonanz in der Bevölkerung und unter scharfer Beobachtung durch die DDR-Staatssicherheit. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hatte sich seit dem Helsinki-Prozess und wegen des auch durch Helsinki ermöglichten westlichen Medieninteresses immer mehr auf die vorbeugende Bekämpfung der Opposition verlegt, obgleich weiterhin durchaus auch offen zugegriffen

wurde. Alles in allem glaubte das MfS aber doch, gelegentliche öffentliche Proteste hinnehmen oder ersticken zu können.

Die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 in der DDR stellten das erste unmittelbar politische Ereignis dar, das im ganzen Land Proteste auslöste. Zum einen stieß auf mehr Unmut als in den vergangenen vier Jahrzehnten die Tatsache, daß es sich mangels konkurrierender Wahlvorschläge um keine Wahl handelte, sondern nur um die offen abzugebende Zustimmung zu vorgegebenen Personenlisten. Selbst in der Sowjetunion – von Polen ganz abgesehen – gab es jetzt die Möglichkeit, geheim unter mehreren Kandidaten auszuwählen; das durch das westliche Fernsehen vermittelte Bild eines KP-Generalsekretärs, der freundlich lächelnd eine Wahlkabine verließ, hatte verheerende Wirkung. Daher war es nicht ohne List, wenn aus oppositionellen Kreisen zwar die Sowjetunion als Vorbild gepriesen, aber gerade hinsichtlich der Wahlen etwas ganz anderes, sozusagen Konterrevolutionäres darunter verstanden wurde. Die Bezirksverwaltung Erfurt des MfS berichtete demgemäß beunruhigt nach oben, es müsse „eingeschätzt werden, daß zur diesjährigen Kommunalwahl das Wahlverhalten der Bürger geprägt wurde [...] insbesondere durch den Wahlmodus in der SU.“⁴ Das offizielle Wahlgesetz schrieb zwar die öffentliche Stimmenauszählung vor, aber wie bisher hatte der sozialistische Staat es für selbstverständlich gehalten, dass das niemand wagen würde. Groß war daher die Überraschung und wohl auch die gelinde Verwirrung, als in der ganzen DDR plötzlich oppositionell Gesinnte an der Auszählung teilnahmen. Auf diese Weise wurde durchgängig festgestellt, dass weder die Wahlbeteiligung noch die Ja-Stimmen die üblichen und auch diesmal unwahrhaftig verkündeten 99 % erreichten: In Altenburg etwa lag die Beteiligung bei 89,5 %, ⁵ und Hochrechnungen für Suhl ergaben an Nein-Stimmen zwischen 7 und 16 %. ⁶ Unter den Diktaturbedingungen waren das schon fast revolutionäre Zahlen, jedenfalls empfand das der sozialistische Staat so, sonst hätte er sie nicht verschwiegen.

Die blutige Unterdrückung der Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking und die ostentative Billigung dieser Gewaltanwendung durch Partei und Staat in der DDR riefen einerseits natürlich Angst hervor, gleichzeitig aber auch Empörung und von ihr getragene Überwindung der Angst: Überall in der DDR gab es Proteste, die offen mit der Nennung von Namen und Adressen und unterschrieben an staatliche und Parteiinstanzen gerichtet wurden; so auch in Thüringen.⁷ Den Protestierenden geschah kaum etwas, genauso wenig wie denen, die gegen

⁴ Gotha 1 (o. Anm. 3) 36.

⁵ Altenburg 2 (o. Anm. 3) 12.

⁶ Suhl (o. Anm. 3) 7.

⁷ Altenburg 2 (o. Anm. 3) 13; Jena (o. Anm. 3) 35–38.

die Wahlfälschungen protestiert hatten. Das Regime hielt diese Bewegung für beherrschbar und hatte zudem allmählich größere und tiefgreifendere Sorgen: Das dauerhafteste Strukturmerkmal schon der Sowjetischen Besatzungszone und dann der DDR war die stetige Abwanderung nach Westdeutschland, die, da es verboten war, zumeist als Flucht vor sich ging. Schon zu Beginn der sechziger Jahre war sie zur Massenflucht geworden, die so stark war, daß die Diktatur die Menschen durch ausgeklügelte und schärfste Grenzbewachung einzusperren versuchte, am spektakulärsten durch die Mauer in Berlin, aber auch an den Außengrenzen der DDR und auf See.

Durch den Helsinki-Prozeß und die allgemeine politische Entwicklung im sozialistischen Lager – Welch unfreiwillig charakteristische Bezeichnung! – begann der Druck der aus der DDR herausstrebenden Bevölkerung für das Regime existenzgefährdend zu werden. Zum einen wurden die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR auch im Vergleich mit der Entwicklung außerhalb immer unerträglicher, und zum anderen stiegen die Chancen, über das Ausland in die Bundesrepublik zu kommen, immer weiter an. Insbesondere verminderte Ungarn im Zuge seiner bereits im Februar 1989 beschlossenen Abkehr vom Kommunismus seine Grenzbewachung Schritt für Schritt, so daß die Möglichkeiten, über Ungarn hinauszugelangen, immer mehr zunahmten und im Herbst in die Ausreisefreiheit mündeten. Die Angst vor staatlicher Repression in der DDR ging allmählich zurück, und immer mehr Menschen wagten es, offiziell einen Ausreiseantrag zu stellen. Diese Anträge konnten durchaus genehmigt werden, aber häufiger wurden sie abgelehnt oder überhaupt nicht beantwortet. Das vergrößerte den Unmut dieser sogenannten Ausreiser, die anfangen, sich zusammenzuschließen und kleinere Demonstrationen zu veranstalten. Zudem wagte man es in bisher noch nicht dagewesener Weise, auf den Ämtern seinen Zorn sehr deutlich auszudrücken. Die folgenden Äußerungen aus thüringischen Städten sind für die gesamte DDR charakteristisch.

In Meiningen stellte der Rat des Kreises fest: “Die Antragsteller untereinander pflegen enge Kontakte: sie machen sich Mut und stimmen Varianten ihres Vorgehens ab”.⁸ Als typische Äußerung einer aufgebrachten Antragstellerin wird ebenfalls aus Meiningen gemeldet: “Ich finde meinen Weg, verlassen Sie sich darauf und glauben Sie nicht, daß alle hier und viele andere mit mir so ruhig sind. Ihr müßt Euch alle in Acht nehmen, denn die, die lassen sich das nicht mehr bieten, was Ihr mit uns macht”.⁹ Das genehmigte oder ungenehmigte Ausreisen geriet zu einer Massenbewegung. Von Sondershausen heißt es: “Es verging kaum ein Tag, an dem man nicht

⁸ Meiningen (o. Anm. 3) 41.

⁹ Meiningen (o. Anm. 3) 45.

von jemand hörte, von Arbeitskollegen, Nachbarn, Freunden, ehemaligen Schulkameraden, die sich nach Westdeutschland abgesetzt hatten”.¹⁰ Die Zentrale in Berlin, das Politbüro, war der durchaus zutreffenden Ansicht, daß diese Bewegung den Staat allmählich ernsthaft gefährdete, war aber hilflos. Eine Mauer hatte man ja schon gebaut, und sie begann, ihre Wirkung zu verlieren. Die Aktionen der Ausreiser und ihre Sprechchöre “Wir wollen raus” wirkten ansteckend, und sei es nur dadurch, daß sie bei anderen Demonstranten Gegen-Sprechchöre “Wir bleiben hier” hervorriefen. Diese richteten sich zunächst unmittelbar nur gegen das Ausreisen, das als egoistisches Weglaufen interpretiert wurde, bald aber wendeten sie sich gegen das Regime und wurden zur Drohung. Jedenfalls: “Die Massenflucht von DDR-Bürgern wird zum entscheidenden Auslöser für die weitere Entwicklung im Herbst 1989”.¹¹

Ein weiterer Ursprung der revolutionären Ereignisse lag in den schon lange Jahre abgehaltenen Friedensgebeten, die allmählich einen unmittelbar politischen Charakter annahmen. Auch daran hatte die Ausreiserbewegung ihren Anteil, weil die evangelische Kirche diesen drangsalierten Menschen oftmals in verschiedener Weise als Helfer zur Verfügung stand, auch durch Andachten, aus denen sich dann die ersten Demonstrationen entwickelten, wenn die Ausreiser die Kirche verließen und zusammen durch die Stadt zogen; selbst wenn sie von der Polizei gehindert oder gar festgenommen – “zugeführt” – wurden, wirkte das allmählich nicht mehr einschüchternd, sondern steigerte die Empörung. Gerade diese Repressionsmaßnahmen waren ein Faktor, der den von kirchlichen Veranstaltungen ausgehenden Widerstandsgeist weiter anfachte, denn Fürbittgottesdienste für die Eingesperrten und Geldsammlungen zum Bezahlen von Geldstrafen fanden auch in zahlreichen thüringischen Kirchen statt.¹²

Die Friedensgebete, Fürbittgottesdienste und andere Andachten nahmen zunehmend politischen Charakter an, aber wenn Partei und Staat bemängelten, religiöse Veranstaltungen würden für politische Zwecke “missbraucht”, dann verkannten sie, daß Religion schon immer eine politische Dimension hatte und daß religiöse Gemeinschaften immer auch die Funktion hatten, Hilfe beim Widerstand gegen politische Unterdrückung zu leisten. Im Herbst 1989 unterstützte die Kirche die politischen Bewegungen aber nicht leichtsinnig. Teile von ihr verhielten sich aus verschiedenen Gründen reserviert, um von denen zu schweigen, die geheime Mitarbeiter des MfS waren. Dennoch war es die Kirche, deren Amtsträger – einzelne Pfarrer oder höhere Ränge wie Superintendenten – den Oppositionellen und der Revolution Schutz und Entfaltungsmöglichkeit boten. Wenn es zunächst

¹⁰ Sondershausen (o. Anm. 3) 90.

¹¹ Neustadt a. d. Orla (o. Anm. 3) 43.

¹² Beispiele Jena (o. Anm. 3) 52–58; Suhl (o. Anm. 3) 6.

Mut erforderte, sich offen zu Widerstandsgruppen zu bekennen, später in Versammlungen das Wort zu ergreifen oder auf eine Demonstration zu gehen, so war es auch mutig, als Pfarrer die Teilnahme an der Feier des 40. Jahrestages der DDR am 7. Oktober mit der Begründung abzusagen: "Es gibt nichts zu feiern".¹³

Unabhängig von der Ausreiserbewegung und den anderen Entwicklungen traten mit dem Beginn des Herbstes erstmals in der Geschichte der DDR politische Oppositionsgruppen hervor.¹⁴ Neben den unter dem Dach der Kirche existierenden Friedens- und Umweltgruppen gab es schon länger die davon unabhängige "Initiative Frieden und Menschenrechte" (IFM), aber jetzt ging es Schlag auf Schlag: Das "Neue Forum" (NF), das für den "Dialog" mit der bestehenden Macht eintrat, hatte wegen seiner programmatischen Offenheit zunächst lange den größten Zulauf; die "Sozialdemokratische Partei" der DDR (SDP) stellte, weil sie als "Partei" auftrat und wegen ihres sehr konkreten, auf die parlamentarische Demokratie ausgerichteten Programms die größte Herausforderung der Diktatur dar; weiter sind neben anderen wirkungsmächtigen Gruppierungen zu nennen "Demokratie Jetzt" (DJ) und "Demokratischer Aufbruch" (DA).

Besonders charakteristisch ist aber die Tatsache, daß es zahlreiche weitere nur lokal aktive Gruppen gab, die die unterschiedlichsten Namen hatten. In Thüringen existierten beispielsweise – in verschiedenen Phasen der Entwicklung – "Bürgerinitiative Neue 'DDR'" (Sondershausen), "Bürgerinitiative Sonneberg" (Sonneberg), "Bürgerkomitee" (Meiningen), "Christliche Verantwortung" (Leinefelde), "Christliches Zentrum" (Dingelstädt), "Demokratische Initiative" (Heiligenstadt), "Demokratische Erneuerung" (Worbis), "Gesellschaftliche Erneuerung" (Suhl), "Gruppe 21"¹⁵ (Meiningen), "Initiativgruppe Ärzte" (Eisenach), "Initiativgruppe Veränderung jetzt" (Mühlhausen), "Unabhängige Bürgerinitiative" (Sondershausen), "Vereinigte Bürgerinitiative" (Friedrichroda).

2. Phase Aufruhr

Die erste Phase der Revolution beschränkte sich noch auf Versammlungen in geschlossenen Räumen, wenn es auch vielfach die oft mehreren Tausenden Platz bietenden Kirchen waren. Falls im Freien Kundgebungen welcher Art auch immer stattfanden, schritten die Sicherheitskräfte ein. Noch in der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober ging in Ilmenau Volkspolizei gegen Jugendliche vor, die zusammen zur Stadtmitte zogen, das

¹³ Sonneberg (o. Anm. 3) 4.

¹⁴ Sogar in den Satellitenorganisationen regte sich allmählich Opposition; beispielhaft sei auf den "Brief aus Weimar" von vier Ost-CDU-Ämterträgern hingewiesen, von denen allerdings einer ein geheimer Agent des MfS war (Weimar [o. Anm. 3] 120–125).

¹⁵ Die Bezeichnung war durch die Dresdner "Gruppe der 20" inspiriert.

“Deutschlandlied” (“Einigkeit und Recht und Freiheit”) und die “Internationale” (“erkämpft das Menschenrecht”) sangen und “Gorbi hilf uns” und “Freiheit für alle” riefen.¹⁶ Eine neue Phase begann damit, daß in drei sächsischen Städten fast aus dem Nichts Großdemonstrationen stattfanden, deren Dimensionen die Diktatur unvorbereitet traf, so daß die “Staatsmacht” (ein SED-Ausdruck) zurückweichen mußte, am 7. Oktober Plauen mit 10.000–20.000 Teilnehmern, am 8. Oktober Dresden nach mehreren Tagen bürgerkriegsartiger Straßenschlachten, und am 9. Oktober Leipzig mit 70.000 Demonstranten. Jede dieser Demonstrationen entstand unabhängig voneinander, unter anderem deswegen, weil man unter den Bedingungen der Parteidiktatur kaum miteinander kommunizieren konnte – die erste dieser Demonstrationen in Plauen ist bis heute sehr wenig bekannt und wurde lediglich ein paar Tage später auf konspirative Weise einer nordbayerischen Zeitung bekannt gemacht. Von nun an war den ganzen Oktober über bis in den November hinein das ganze Land in Aufruhr.

Über die Funktion der Information in Diktatur und Revolution bietet die Herbstrevolution, auch in ihrem Thüringer Ablauf, zahlreiche Beispiele. Für jede Diktatur, insbesondere die des zaristisch-sowjetischen Typs, sind die Isolation von der Außenwelt und überhaupt das Abschneiden von Informationen auch über die inneren Verhältnisse konstitutiv. Das zeigte sich schon bei den Dekabristen und zuletzt bei den Umwälzungen der Jahre 1989/1991. Für die DDR waren das westdeutsche Fernsehen und die zunehmend erlaubten Besuche in der Bundesrepublik eine entscheidende Vorbereitung der Revolution, weil sich so konkret zeigte, wie sehr viel anders die Lebensverhältnisse unter identischen kulturell-geschichtlichen Bedingungen sein konnten. Die Opposition innerhalb der DDR wurde durch die Schwierigkeiten der Kommunikation untereinander schwer behindert, zum einen durch die Rückständigkeit der Technik. Das waren vor allem das mangelhafte Telefonnetz oder die Schwierigkeiten bei der Herstellung, Vervielfältigung und Verbreitung von Texten. Der vorsintflutliche Ormig-Apparat und klandestine westliche Hilfe bei der Beschaffung von effektiveren Geräten¹⁷ spielen eine wesentliche Rolle in den Erinnerungen an diese Zeit. Zum anderen war es natürlich die Staatssicherheit mit ihren Überwachungsmethoden und ihrem gelegentlichen Eingreifen, die nach Kräften verhinderte, daß man miteinander kommunizierte.

Wie konstitutiv es für die Diktatur war, die Untertanen von Informationen abzuschneiden, zeigte sich auch in Thüringen dadurch, daß sie in dem Moment zusammenbrach, als man untereinander Verbindung aufnehmen

¹⁶ Hoffmeister, Hempel (o. Anm. 2) 151.

¹⁷ Auch das Vorsintflutliche war nicht so einfach zu beschaffen: “Zur Vervielfältigung stand uns das Ormig-Vervielfältigungsgerät des Pfarramtes zur Verfügung, das 1982 illegal aus dem Westen eingeführt worden war”. Sondershausen (o. Anm. 3) 55.

und auf die ersten Aktivitäten aufmerksam machen konnte, und natürlich wirkten die Berichte über die ersten Demonstrationen ansteckend. Schon vor dem eigentlichen Beginn der Revolution hielt Bernhard Haupt aus Schmalkalden Kontakt mit der Berliner Zionsgemeinde und wirkte als Kurier,¹⁸ und die Sondershäuser Umweltwerkstatt vom April 1989 hatte ihr Vorbild in der evangelischen Umweltgruppe in Nordhausen;¹⁹ am 24. September war die Informationsveranstaltung in der Leipziger Markuskirche die Initialzündung für das oppositionelle Wirken des Schlossermeisters Siegfried Pietsch aus Mühlhausen und seiner Ehefrau Brigitte,²⁰ am 26. September dann eine ähnliche Veranstaltung in der Erfurter Augustinerkirche für sechs Mühlhäuser Ärzte,²¹ in Schmalkalden konnte sich am 2. Oktober das NF im evangelischen Gemeindehaus vorstellen.²²

Die überfüllte Informationsveranstaltung vom 4. Oktober in der Stadtkirche Peter und Paul in Weimar²³ hatte eine weitreichende Wirkung, so beispielsweise nach Apolda,²⁴ Sondershausen²⁵ und Mühlhausen,²⁶ am 6.10. wurde in der Johanniskirche in Saalfeld vor 1500 bis 2000 Personen für den DA und, von einem Pfarrer aus Neustadt a.d. Orla, für das NF geworben,²⁷ an der entscheidenden Leipziger Demonstration vom 9.10. und an allen folgenden beteiligten sich auch Einwohner Altenburgs,²⁸ und die vom 16.10. wirkte als Auslöser für das erste spektakuläre Friedensgebet in Friedrichroda.²⁹ In Mühlhausen stellte trotz der Drohungen durch die Staatssicherheit der Bäckermeister Martin Burkhardt sein Schaufenster zur Verfügung,³⁰ um über die für den 18.10. vorgesehene Demonstration zu informieren; in Rudolstadt stellten sich am 19.10. in der Stadtkirche die SDP, das NF, der DA und DJ vor,³¹ und die Demonstration des 19.10. im kleinen Zeulenroda stellte immerhin die erste des Bezirks Gera dar.³² Noch

¹⁸ Schmalkalden (o. Anm. 3) 35.

¹⁹ Sondershausen (o. Anm. 3) 36.

²⁰ Mühlhausen 2 (o. Anm. 3) 4.

²¹ Ebd.

²² Schmalkalden (o. Anm. 3) 42.

²³ Sie wird meistens in unpassend säkularer Ausdrucksweise "Herderkirche" genannt, weil Johann Gottfried Herder an ihr gewirkt hatte.

²⁴ Hoffmeister, Hempel (o. Anm. 2) 104.

²⁵ Sondershausen (o. Anm. 3) 54.

²⁶ Mühlhausen 2 (o. Anm. 3) 4.

²⁷ Neustadt (o. Anm. 3) 57.

²⁸ Altenburg 1 (o. Anm. 3) 7.

²⁹ "Mit der Demonstration können wir die Leipziger nicht allein lassen. Wir müssen die Revolution in die Provinz tragen" – "endlich! Wir sorgen dafür, dass das unter die Leute kommt!" – Hoffmeister, Hempel (o. Anm. 2) 143.

³⁰ Moritz, Moritz (o. Anm. 2) 132–135.

³¹ Rudolstadt (o. Anm. 3) 42–46.

³² Neustadt a. d. Orla (o. Anm. 3) 76.

am 27.10. wurde es als ein Erfolg empfunden, als in Altenburg “die Freigabe einer Litfaßsäule für freie Meinungsäußerungen” erreicht wurde.³³

Die Rudolstädter Veranstaltung vom 19.10. ist auch ein eindrucksvolles Beispiel für den Massenandrang zu den oppositionellen Kundgebungen und Demonstrationen überhaupt und damit dafür, daß sie den Nerv der Bevölkerung trafen. Als Versammlungsort war der Gemeindesaal vorgesehen, jedoch gab es so viele Teilnehmer, daß nicht nur in die Stadtkirche umgezogen, sondern daß die Kundgebung gleich anschließend wiederholt werden musste.³⁴ Das geschah vielerorts, ebenso wie das improvisierte Anbringen von Lautsprechern außen an den Kirchen.³⁵ Daher war es nicht nur geistreich, sondern sachgerecht, daß Karl Wilhelm Fricke, der bedeutende Historiker der DDR-Geschichte, in einem Gespräch ein bekanntes Marx-Wort abwandelte: “Die Information wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift”.³⁶

Die Funktion der Informationsveranstaltungen, der Kundgebungen und der Demonstrationen war zum einen die, endlich aussprechen zu können, was einem durch die Diktatur angetan worden war und was bisher nie hatte gesagt werden dürfen.³⁷ Die Bekundungen dessen, was man empfand, gingen dann sehr bald in das über, was man anstrebte; das unterschied sich nicht von dem, was auch sonst in der DDR gefordert wurde, und sei deshalb hier in sehr kleiner Auswahl ohne Rücksicht auf die Chronologie wiedergegeben:

SED das sind 28 Jahre Mauer 40 Jahre Betrug am Volk! 44 Jahre Lügen und Verdummung! – Solidarität mit den Opfern des Terrors in Rumänien – Lügen haben kurze Beine, Modrow, zeig uns doch mal Deine! – 40 Jahre Trennung sind 40 Jahre zuviel! Einheit jetzt! Keine Gewalt Keine Gewalt – 40 Jahre DDR 40 Jahre unkontrollierte Macht – Deutschland einig Vater-

³³ Altenburg 1 (o. Anm. 3) 10.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ein Beispiel von vielen ist Meiningen (o. Anm. 3) 72.

³⁶ Die Rolle des westdeutschen Fernsehens bestand in der Information, weniger in der Verbreitung von Meinungen, anders behauptete das die auch insofern unmarxistische SED-Propaganda. Die bisherigen DDR-Medien verschwiegen zuerst die Ereignisse überhaupt, später stellten sie sie nur stückweise oder verfälscht dar, so daß eigene örtliche Presseerzeugnisse gegründet wurden, wovon die meisten nur kurze Zeit existierten; in Thüringen beispielsweise in Altenburg der “klartext” und das “Altenburger Wochenblatt”, die “Apolda-Information”, die “Gothaer Tagespost”, das “Meininger Tageblatt”, der “Neue Mühlhäuser Anzeiger”, das “Weimarer Wochenblatt”.

³⁷ “Zögern, Abwägen und Angst vor der Staatsmacht bescherten uns schlaflose Nächte. Was würde bei einer Teilnahme uns und unseren Kindern passieren? Hatte ich nicht 1968 an der tschechischen Grenze als NVA-Soldat die Kalaschnikow aufmunitioniert? [...] Freunde, Bekannte oder Fremde, die öffentliche Reden nur als Vorlesen von Manuskripten kannten, traten vor und sprachen frei über Missstände, über Frust und Angst, über Zukunft und Stasi”. (Zeulenroda [o. Anm. 3] 9).

land – Freie und geheime Wahlen-keinen Führungsanspruch der SED – Die Mauer muß weg – SED, das tut weh – Stasi weg-Bürgerschreck – Stasi in die Produktion, wir verdienen Euren Lohn – Freie Wahlen, einzige Chance für unser Land – Wir sind das Volk <Sprechchor> – Demokratie jetzt oder nie <Sprechchor> Schämt Euch was <Sprechchor> – Für Druckgenehmigung und Zensur gilt nur eines: deletatur – Sie taten alles für ihr Volk, sogar an Internierungslager war gedacht! – Es ist aus mit Saus und Braus. SED und Stasi raus – Bürger! Reiht Euch ein! Wir wollen freie Menschen sein! – 28 Jahre unschuldig eingesperrt verantwortlich: SED – Verbundenheit mit den Bürgerrechtlern der CSSR – Wir gedenken der Opfer des Stalinismus – Gorbi Gorbi hilf uns.³⁸

Ein Charakteristikum dieser zweiten Phase der Revolution war, daß die Partei nach dem Scheitern der Versuche, diese nach dem bisherigen Verständnis konterrevolutionären Aktionen gewaltsam zu unterdrücken, durch "Dialoge" retten wollte, was zu retten war. Oft ging es um örtliche Probleme, insbesondere um das Verfallenlassen und Abreißen der alten Stadtkerne. Die bisherige konkrete Herrschaftspraxis bewirkte aber, daß sich in solchen Veranstaltungen oftmals der angestaute Zorn in meist heftigen Anklagen der kommunistischen Funktionäre entlud und es zu keinen sachlichen Diskussionen kam – wie hätten sie auch aussehen sollen, mit einem Dialogpartner, der sie bisher mit Gewalt unterdrückt hatte und sie nicht einmal intern kannte?³⁹

3. Phase Grenzöffnung

Die dritte Phase der Revolution ergab sich fast mit Notwendigkeit aus der zweiten. Das grausamste Herrschaftsmittel war das Grenzregime, das jeglichen Kontakt mit der westlichen Außenwelt verhindern sollte. Demgemäß war eine der zentralen Forderungen des aufständischen Volkes, das generelle Reiseverbot aufzuheben und das Reisen in die Außenwelt

³⁸ Altenburg 2 (o. Anm. 3) 2 – Gotha 1 (o. Anm. 3) 134 <siehe auch Neustadt a. d. Orla (o. Anm. 3) 203 f. und Weimar (o. Anm. 3) 80 f.>. 170 – Jena (o. Anm. 3) 60, 93 – Meiningen (o. Anm. 3) 72, 90 f. – Rudolstadt (o. Anm. 3) 25, 54 – Sondershausen (o. Anm. 3) 19 – Suhl (o. Anm. 3) 34, 43 – Weimar (o. Anm. 3) 177, 202.

³⁹ Etwa: Moritz, Moritz (o. Anm. 2) 102–105; Meiningen (o. Anm. 3) 133–136; Neustadt a. d. Orla (o. Anm. 3) 100–102; Rudolstadt (o. Anm. 3) 149–157; Suhl (o. Anm. 3) 18–23; Weimar (o. Anm. 3) 55 f. – Stadtroda (o. Anm. 3) 12. Nur mit diesen drei letzten Zitaten und mit der Erwähnung Rumäniens kann ich hier auf die wesentlichen Tatsachen hinweisen, daß den Demonstranten generell die Verbundenheit mit den anderen – noch – kommunistisch beherrschten Ländern bewußt war und daß große Hoffnungen auf die Entwicklung in der UdSSR gesetzt wurden, auch in dem Wissen, daß ihr die SED-Führung feindlich gegenüberstand; zudem war ihnen auch klar, daß das Nichteingreifen der sowjetischen Armee an der politischen Situation in der Sowjetunion hing.

generell zu gewähren, sei es zur dauernden Übersiedlung, sei es zu einfachen Besuchszwecken. Daher arbeitete die Partei an einem Reisegesetz, das diese Forderungen erfüllte, allerdings denkbar ungeschickt sowie in der irrigen Meinung, der zu erwartende Bevölkerungsabfluß würde sich verkraften lassen. Daraus resultierte die chaotische Maueröffnung am Abend des 9. November⁴⁰ – ausgerechnet an dem Datum der Revolution 1918 in Deutschland! –, aber noch in derselben Nacht der ebenfalls tumultuarische Beginn der Grenzöffnung an der “Staatsgrenze West”, sowie vier Tage später die offizielle Aufhebung der Überwachung der Ostsee, die dem allgemeinen Bewußtsein fast unbekannt geblieben ist, obwohl sich auch dort furchtbare Tragödien abgespielt hatten. Viele Todesfälle an der Grenze waren im übrigen erfolgreich geheimgehalten worden; erst Jahre nach der Wiedervereinigung konnte die vorläufige Gesamtzahl von etwas unter tausend Toten festgestellt werden, mit denen die Flucht aus dem deutschen Teil des sozialistischen Lagers verhindert wurde.⁴¹ Thüringen hatte die längste Westgrenze, und noch in der Nacht vom 9. auf den 10. November stürmten in grenznahen Orten die Bewohner zur Grenze und erzwangen die Öffnung wie in Berlin.⁴²

Die Auswirkung der Grenzöffnung war natürlich genau die, die die Diktatur hatte fürchten müssen: Die Menschen nahmen zum ersten Mal die konkreten Lebensverhältnisse im westlichen Teil desselben Landes wahr, die übrigens teilweise durchaus weniger glänzend waren, als sie die Fernsehwerbung suggeriert hatte, und dadurch wurde ganz deutlich, daß die Partei die Bevölkerung jahrzehntelang belogen hatte, auch die Parteimitglieder und -funktionäre selbst.⁴³ Mehr als alles andere vernichtete

⁴⁰ Meine Auffassung von den Vorgängen in Schuller (o. Anm. 1) 185–200. Lesenswert ist der deutsch-russisch publizierte Essay anlässlich des 20. Jahrestages von U. Lehmann-Brauns, *Die Zukunft des 9. November* (Almaty 2010).

⁴¹ Die Forschungen sind noch im Fluß; siehe H.-H. Hertle, G. Sälter, “Die Todesopfer an Mauer und Grenze. Probleme einer Bilanz des DDR-Grenzregimes”, *Deutschland-Archiv* 39 (2008) 667–676. Zu den Toten an der Mauer in Berlin ist man so weit, daß Ergebnisse publiziert werden konnten: Von 1961 bis 1989 starben dort 136 Personen, siehe *Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ein biographisches Handbuch* (Berlin 2009).

⁴² Meiningen (o. Anm. 3) 171; *Duderstadt und das Untereichsfeld. Lexikon einer Landschaft in Südniedersachsen* (Duderstadt 1996) 155.

⁴³ Das Wort “belogen” ist hier durchaus quellengerecht, denn es wurde beispielsweise auch auf dem 10. ZK-Plenum, auf die Wirtschaftslage bezogen, von hohen SED-Funktionären der Parteiführung entgegengeschleudert. Siehe auch das Plakat auf einer Eichsfelder Demonstration: “Wer log? Der Dia log! Heißt denn das nicht ‘der da log’ oder ‘die da log’? Ach, egal wer da log. Ob der da log oder die da log, ob er log oder sie log, darüber sollte man nicht streiten. Zusammenfassend kann man doch von LOG ‘die logen doch’ ableiten!” (aus: *Der Aufbruch, Plakat der Landesbeauftragten Thüringen* [2009]).

das einen Großteil der allenfalls noch übriggebliebenen Legitimation der Parteiherrschaft: Die "Errungenschaften" der kommunistischen Herrschaft existierten einfach nicht.

4. Phase Debatte um die Wiedervereinigung

Die Forderungen auf den Kundgebungen und Demonstrationen hatten sich den Oktober über bis Anfang November auf die inneren Verhältnisse der DDR bezogen und betrafen die Beseitigung der SED-Diktatur; nur gelegentlich wurde die Beendigung der Spaltung Deutschlands gefordert. Die Wiedervereinigung befand sich nicht im Gesichtskreis der DDR-Bevölkerung, oder sie wurde von dem Großteil der oppositionellen Gruppen zunächst ausdrücklich abgelehnt. Das geschah aus einer Fülle von Beweggründen, darunter teils aus diffusen Sozialismusvorstellungen ("verbesserter Sozialismus"), teils aus vermeintlicher Einsicht in die weltpolitischen Zusammenhänge, teils aus einem deutschen Schuldgefühl wegen der NS-Zeit, teils aus basisdemokratischen Vorstellungen. Kaum jemals war man sich darüber im Klaren, daß die DDR ein von Stalins Sowjetunion aus Herrschaftsgründen geschaffenes künstliches Gebilde war, von dem zu profitieren eigentlich nicht den Grundüberzeugungen der Bürgerrechtler hätte entsprechen sollen, die aber jedenfalls dann verschwinden mußte, wenn ihre Grundvoraussetzung endete oder ins Wanken geriet, nämlich die sowjetische Herrschaft. Anders sah das die Bevölkerung der DDR. Schon der Sturm auf die Grenzen zur Bundesrepublik geschah ja dadurch, daß die Menschen nach Kenntnisnahme vom Mauerfall in Berlin ganz selbstverständlich zu den wenigen nur für den Kleinen Grenzverkehr eingerichteten Übergängen strömten, deren Öffnung erzwangen und die Einrichtung neuer durchsetzten – bis überhaupt keine mehr nötig waren.

Die millionenfachen und anhaltenden Besuche im Westen – und dann die von Westlern im Osten – ließen die Künstlichkeit und Sinnlosigkeit der Teilung von Volk und Land in zwei antagonistische Stücke immer anachronistischer und Wiederzusammenkommen als das Natürlichste erscheinen, zumal da durch den Untergang des Kommunismus auch das Antagonistische verschwand. Die Deutschen in der DDR und die in der Bundesrepublik trennte ja nichts Naturgegebenes, sondern nur die durch bewußte politische Entscheidungen herbeigeführten politischen Erfahrungen: Im Osten die Auseinandersetzung mit einem fremden Unterdrückungssystem, die in der Selbstbefreiung endete, im Westen die freie politische, geistige und wirtschaftliche Entfaltung. Da war zu hoffen, daß die Gemeinsamkeiten helfen würden, in gegenseitiger Würdigung der jeweiligen Leistungen diese Unterschiede zu einem gemeinsamen deutschen Geschichtsbewußtsein zu verschmelzen. Eine große Anfangshilfe waren hier die zahlreichen Partnerschaften mit westdeutschen Städten und Kreisen.

Dementsprechend änderten sich sehr bald die Symbolik sowie die Losungen der Demonstrationen und Kundgebungen in Thüringen wie überall: die deutsche Fahne ohne das – oft herausgeschnittene – DDR-Wappen hielt ihren Einzug, neben dem wunderbaren “Wir sind das Volk” erschien “Wir sind ein Volk”, neben der in den letzten Jahren von der SED verschwiegenen Verszeile aus der DDR-Hymne “Deutschland einig Vaterland”. Und es kam die Forderung auf, statt der künstlichen drei “Bezirke” Erfurt, Gera und Suhl wieder Thüringen sein zu können.

Ein in doppelter Weise charakteristischer Vorgang war der am 29. November veröffentlichte Aufruf “Für unser Land” und die sich anschließende Debatte, an der sich Thüringen energisch beteiligte. Er war verfaßt von Intellektuellen, die in einer eher partiellen Opposition zur SED-Diktatur gestanden hatten, aber dann hatten sich ihm auch führende Personen der neuen Bewegungen angeschlossen. Er plädierte für den Erhalt der, allerdings demokratisch verfaßten, DDR als “sozialistische Alternative zur Bundesrepublik”, war jedoch sofort endgültig diskreditiert, als sich ihm zahlreiche Vertreter der bisherigen Parteidiktatur anschlossen, so der SED-Generalsekretär Krenz und der SED-Ministerpräsident Modrow. Charakteristisch für die neu anbrechende Zeit war nun aber auch, daß er öffentlich diskutiert werden konnte, und das geschah ausgiebig.

Thüringische Stimmen, die sich gegen den Aufruf aussprachen kamen etwa aus Gotha: “Von einem jahrzehntelang verhöhnten Volk kann nicht erwartet werden, daß es sich erneut nur durch eine sozialistische Idee zu wirksamer Aktivität begeistern läßt.”, aus Meiningen: “Dieser Aufruf dient der Interessenvertretung einer Gruppe von privilegierten Persönlichkeiten so ganz nach dem Geschmack dieser einen Partei.”, aus Rudolstadt, wo schon am nächsten Tag in einer Stellungnahme erklärt wurde, es sei zu früh, eine Entscheidung in einer einfachen Alternative zu fällen, und aus Sonneberg, wo in der Stadtkirche am 11. Dezember eingewandt wurde, hier solle der Sozialismus “festgeschrieben werden”. Typischerweise erklärte umgekehrt der Erste Sekretär von Neustadt an der Orla: “Wir rufen alle Kommunisten unserer Kreisparteiorganisation auf, ihre Unterschrift für diese Vertrauensabstimmung zu leisten”.⁴⁴ Die gegnerischen Stimmen überwogen zunehmend, und da sich sämtliche Beteiligte darin einig waren, als Kernstück der Revolution freie Wahlen anzustreben, bei denen auch die Frage der Wiedervereinigung eine zentrale Rolle spielen würde, lief die weitere Entwicklung auf deren Abhaltung zu. Sie fanden dann mit eindeutigen Ergebnis am 18. März 1990 statt.

⁴⁴ Gotha 1 (o. Anm. 3) 112 f. – Meiningen (o. Anm. 3) 112 – Rudolstadt (o. Anm. 3) 101–103 – Sonneberg (o. Anm. 3) 81 – Neustadt (o. Anm. 3) 166.

5. Phase Runde Tische und MfS-Besetzung

Das alles bedeutete noch nicht, daß sich die Revolution jetzt auf die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands gerichtet hätte. Im Gegenteil zeigt der weitere Verlauf, daß sie ein eigenständiges, aus den Verhältnissen selbst geborenes Ereignis war, denn sie verlief zunächst so, als hätte es die Grenzöffnung gar nicht gegeben. Aus der Einsicht nämlich, daß es nicht genüge, auf Demonstrationen, Kundgebungen und "Dialog"-Veranstaltungen Forderungen an die bisherigen Machthaber zu richten, begann sie, sich in einer Weise zu organisieren, die kein westliches Vorbild hatte. Es entstanden zumeist "Bürgerkomitee" genannte Zusammenschlüsse, die auch durch nach Sachgebieten gegliederte Arbeitsgruppen konkrete Überlegungen trafen, was zu geschehen habe.

Es erwies sich zudem, daß die revolutionäre Bürgerbewegung nicht in der Lage war, selbst die Herrschaft anzutreten, sei es auf örtlicher, sei es auf staatlicher Ebene, sondern zunächst auf die bisherige Infrastruktur angewiesen war. Da auf der anderen Seite die bisherigen Inhaber der Staatsmacht hofften, trotz des augenblicklichen Rückschlags weiterhin eine gewisse Rolle zu spielen und womöglich ihre frühere Macht zurückzugewinnen, gingen sie Bündnisse mit den neuen Kräften ein. So bildeten sich nach polnischem und ungarischem Vorbild aus beiderseitigem Interesse Runde Tische, an denen einerseits die SED, ihre Satellitenparteien und sonstige kommunistisch beherrschte Organisationen, andererseits die Organisationen der Bürgerbewegung teilnahmen. Sie hatten zunächst nur kontrollierende und beratende, dann immer mehr auch beschließende Funktionen, zumal da sie Arbeitsgruppen bildeten und da im Lauf der Monate ohnehin die alten Kräfte immer weiter an Bedeutung verloren; auch dadurch, daß bisherige Satellitenorganisationen der Kommunisten zur Revolution umschwenkten. In Berlin trat am 7. Dezember ein Zentraler Runder Tisch zusammen, aber die bisher auf regionaler und örtlicher Basis gebildeten Runden Tische arbeiteten weiter und es kamen neue hinzu, in jeweils ganz verschiedener Ausgestaltung. Die Protokolle der drei thüringischen Bezirke Erfurt, Gera und Suhl sind jetzt publiziert⁴⁵, und für Gotha sind sie in dem ausführlichen Gesamtbericht veröffentlicht worden.⁴⁶

Die Bildung des Zentralen Runden Tisches in Berlin Anfang Dezember signalisierte die endgültige Beteiligung der Revolution an der politischen Macht und ihren weiteren Ausbau und damit die fünfte Phase der revolutionären Entwicklung. Etwa gleichzeitig fand jedoch ein weiteres

⁴⁵ S. Anm. 2.

⁴⁶ Gotha 1 (o. Anm. 3); s. im übrigen etwa Jena (o. Anm. 3) 126–130; Neustadt a. d. Orla (o. Anm. 3) 181 ff.; Rudolstadt (o. Anm. 3) 158–170; Suhl (o. Anm. 3) 56–61.

Ereignis statt, das ähnlich konkret war und eine ähnliche Signalwirkung hatte: die Besetzung der Dienststellen für Staatssicherheit und ihre Kontrolle durch die Revolution. Da und dort war schon vorher der Eindruck entstanden, daß das MfS, das unter dem neuen Ministerpräsidenten Hans Modrow in "Amt für Nationale Sicherheit" umbenannt und in der staatlichen Hierarchie zurückgestuft worden war, dabei war, durch Beseitigung von Akten seine Spuren zu verwischen. Die Konsequenzen daraus wurden zuerst in Thüringen gezogen: Am Morgen des 4. Dezember besetzten Bürgerrechtler in Erfurt die MfS-Dienststelle, nachdem sie eine unverhältnismäßig intensive Rauchentwicklung bemerkt hatten, die sie zu Recht auf das Verbrennen von Akten zurückführten. Sofort folgte die gesamte DDR.

Die Vorgänge glichen sich überall, waren aber so vielgestaltig, daß sie an dieser Stelle nur summarisch skizziert werden können. In vielen Fällen erfolgte die Öffnung der Staatssicherheits-Ämter friedlich, in weiteren nur widerwillig, nach zähen Verhandlungen und unter vielen Winkelzügen und Verzögerungen, gelegentlich gab es große Demonstrationen mit tausenden von Teilnehmern, in Einzelfällen gewaltsames Eindringen, besonders dramatisch in Schmalkalden sogar mit Glockengeläut der Stadtkirche St. Georg.⁴⁷

Häufig war es den deutschen Tschekisten gelungen, Akten durch den Reißwolf zu vernichten oder zu verbrennen oder beiseitezuschaffen, manche geheime Anlagen in den offiziellen Gebäuden selbst oder außerhalb wurden erst später entdeckt, aber das meiste konnte gesichert werden. Es wurde, wie auch die aufgefundenen Waffenansammlungen, abtransportiert, und auf dieses Material konnte sich später die Tätigkeit der Bundesbehörde und der Landesbehörden für die MfS-Unterlagen stützen. Bemerkenswert ist, daß Polizei und Staatsanwaltschaft teils mitarbeiteten und etwa die Tätigkeit der Bürgerrechtler gegen die Staatssicherheit schützten oder die Räume versiegelten, teils aber weigerten sie sich oder arbeiteten verdeckt doch weiter mit dem MfS zusammen und halfen später, die Siegel wieder aufzubrechen.⁴⁸

Zwei die Revolution in besonderer Weise fördernde Geschehnisse müssen noch erwähnt werden. Einen besonderen Schub bekamen die Ereignisse dadurch, daß ab November immer neue Fälle von planmäßiger Korruption und Privilegienwirtschaft ans Licht kamen, wodurch sich höhere Funktionäre der angeblichen Arbeiterpartei SED materielle Vorteile aller Art zugeschoben hatten; die Empörung darüber gab der Revolution neuen Zündstoff und bewirkte die Einrichtung von Untersuchungs-

⁴⁷ Schmalkalden (o. Anm. 3) 76–83.

⁴⁸ Zum Teil ausführliche Schilderungen in den in den Anmerkungen 2 und 3 genannten Publikationen.

mitees.⁴⁹ Zweitens schienen die alten Mächte um die Jahreswende allmählich wieder Tritt zu fassen, wohl in der Annahme, daß der Schwung der Revolution nachlasse. Die an sich vom Zentralen Runden Tisch beschlossene und von der Regierung Modrow akzeptierte Abschaffung der Staatssicherheit wurde zunehmend schleppend durchgeführt, und im Januar inszenierte die SED in sehr vordergründiger Absicht in Berlin eine antifaschistische Großdemonstration und versuchte auch in Thüringen, das Gespenst des Neofaschismus an die Wand zu malen. Die gegenteilige Wirkung trat ein: Die Absicht wurde durchschaut, an vielen Orten gab es wieder Demonstrationen mit dem alten Feuer und oftmals sogar mehr Teilnehmern als bisher.⁵⁰

6. Phase Freie Wahlen und Wiedervereinigung

Die DDR-Politik begann nun, allmählich auf die Wiedervereinigung zuzusteuern, Divergenzen gab es nur über die Modalitäten und die Geschwindigkeit des Vorgangs; selbst die inzwischen in PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus, umbenannte SED bekannte sich dazu, gab lediglich vor, weitaus mehr Schwierigkeiten als die anderen dabei zu sehen. Sogar Modrow verkündete ein Programm, das er in Übernahme einer Losung der Revolution "Deutschland, einig Vaterland" nannte. Im übrigen begannen die westdeutschen Parteien, auf Einladung der politischen Gruppen der DDR ihren dortigen Pendanten Hilfe zu leisten und zunehmend auch öffentlich dort aufzutreten. Den Anfang hatten die Sozialdemokraten gemacht, indem sie Willy Brandt als Vorsitzenden der etwas mißverständlich so genannten Sozialistischen Internationale zu öffentlichen Vorträgen einluden. Er hielt sie mit all den Gefühlen, deren er fähig war, besonders willkommen war er in Gotha, wo er am 27. Januar am Ort des "Gothaer Programms" von 1875 der Gründung des Thüringer Landesverbandes der SPD – wie sie inzwischen wieder hieß – beiwohnte und auf dem Hauptmarkt sprach, auf dem die großen revolutionären Kundgebungen stattgefunden hatten.⁵¹

Die CDU hatte Schwierigkeiten, mit der Ost-CDU wegen deren Rolle als Satellit der SED zusammenzuarbeiten und entschloß sich erst dazu, als diese sich auch personell von der kommunistischen Staatspartei distanziert hatte. Gerade in Gotha konnte Kohl, auch er ein sehr emotionaler Mensch,

⁴⁹ Beispiele aus Thüringen: Schiebungen von Provinzmachthabern werden geschildert in Mühlhausen 1 (o. Anm. 3) 11; Untersuchungskommissionen gab es z. B. in Meiningen (o. Anm. 3) 163; Rudolstadt (o. Anm. 3) 164–166; Sondershausen (o. Anm. 3) 68 ff.; Suhl (o. Anm. 3) 56; Weimar (o. Anm. 3) 90–101.

⁵⁰ Beispiele aus Thüringen: Altenburg 15.1, 15.000 Teilnehmer, 1, 16; Gotha 12.1, 10.000 Teilnehmer, 35; Meiningen 9.1, 4.500 Teilnehmer, 123; Neustadt a. d. Orla 11.1, 1.400 (Verdreifachung), 208; Sondershausen 15.1, 139.

⁵¹ Gotha 2 (o. Anm. 3) 38 f.

darauf verweisen, daß er als einziger bedeutender westdeutscher Politiker zur Zeit der SED-Herrschaft und sogar noch als Bundeskanzler privat in der DDR gewesen war, um sich persönlich ein Bild von den Verhältnissen im anderen Deutschland zu machen.⁵² Die Bürgerrechtsgruppen ordneten sich neu, ein Teil ging zur SPD, ein anderer zur CDU, andere schlossen sich zu einem "Bündnis 90" zusammen, das mit den Grünen zusammenarbeitete, die größtenteils gegen die Wiedervereinigung waren.

Am 18. März entschied das Volk den weiteren Kurs, und zwar offensichtlich unter dem Gesichtspunkt, welche Partei am zügigsten und eindeutigsten eine Wiedervereinigung verwirklichen würde. Daher stimmten für die bisherigen Machthaber nur 16 %, noch viel weniger für das Bündnis 90; das war insofern ungerecht, als dessen Vertreter die Revolution angestoßen und in vielem geformt hatten, folgerichtig aber deshalb, weil sie lange Zeit und zum Teil weiterhin der Vorstellung von einer eigenständigen, basisdemokratischen DDR anhängen. Die absolute Mehrheit – in Thüringen deutlich darüber hinaus – bekamen die Parteien, die eine zügige und eindeutige Verwirklichung der Wiedervereinigung anstrebten, also vor allem die jetzt von de Maizière geführte CDU, die sich mit anderen zu einer "Allianz für Deutschland" zusammengeschlossen hatte und mit den Liberalen und der SPD eine große Koalition bildete. Dementsprechend arbeitete das Parlament, die Volkskammer, und am 3. Oktober 1990 gab es keine DDR mehr, sondern ein einheitliches Deutschland; gleichzeitig war auch staatsrechtlich das Land Thüringen wieder ins Leben getreten.

III

Es gibt einige Phänomene des revolutionären Geschehens, die außerhalb einer solchen chronologischen Betrachtung stehen, allgemeine einerseits und punktuelle andererseits. Zu den generellen ist die Tatsache zu rechnen, daß die Revolution überall, auch in kleinen Orten stattgefunden hat; das hat die bisherige Erzählung deutlich gemacht. Auch die Berufe der Teilnehmer zeigen, daß die Revolution umfassend war: Zwar spielten, der Funktion der Kirche gemäß, viele Pfarrer eine besondere Rolle, aber auch Theaterleute konnten gelegentlich die öffentliche Position des Theaters ins Spiel bringen. Beispielsweise wurde in Rudolstadt schon am 9. Oktober von den am Theater Beschäftigten eine widerständige Resolution beschlossen und in der Folgezeit weitere Aktivitäten ausgeführt;⁵³ in Altenburg wurde ab dem 13. Oktober nach jeder Vorstellung eine Resolution des Dresdner Theaters verlesen, in der es unter anderem hieß:

⁵² J. Schönfelder, R. Erices, *Westbesuch. Die geheime DDR-Reise von Helmut Kohl*, o. O. (Jena 2007); Gotha (o. Anm. 3) 37–39.

⁵³ Rudolstadt (o. Anm. 3) 14–28.

Wir, die wir hier stehen, treten aus unseren Rollen heraus.
 Die Situation in unserem Land zwingt uns dazu.
 Ein Land, das seine Jugend nicht halten kann, gefährdet seine Zukunft.
 Eine Staatsführung, die mit dem Volk nicht spricht, ist unglaubwürdig.
 Eine Parteiführung, die ihre Prinzipien nicht mehr auf Brauchbarkeit untersucht, verliert ihren Führungsanspruch.
 Ein Volk, das zur Sprachlosigkeit gezwungen wird, läuft Gefahr, gewalttätig zu werden.
 Die Wahrheit muß an den Tag.
 Unsere Arbeit steckt in diesem Land. Wir lassen uns das Land nicht kaputtmachen.
 Wir nutzen unsere Bühne, um zu fordern:

1. Wir haben ein Recht auf Information.
2. Wir haben ein Recht auf Dialog.
3. Wir haben ein Recht auf selbständiges Denken und Kreativität.
4. Wir haben ein Recht auf Pluralismus im Denken.
5. Wir haben ein Recht auf Widerspruch.
6. Wir haben ein Recht auf Reisefreiheit.
7. Wir haben ein Recht, die Arbeit der staatlichen Leitung zu überprüfen.
8. Wir haben ein Recht, neu zu denken.
9. Wir haben ein Recht, uns einzumischen.

Das ist eines der großartigsten Dokumente der Revolution in der DDR.

Schließlich haben vielerorts Ärzte eine wichtige Rolle gespielt, gewiß auch deshalb, weil durch die Unfähigkeit der Parteidiktatur die ärztliche Versorgung – mit gesundheitsschädigenden Folgen – besonders mangelhaft war.⁵⁴ In Mühlhausen leiteten Ärzte die Anfänge der Revolution ein, in Hildburghausen sandten Ärzte einen Beschwerdebrief an das ZK, in Eisenach entwaffnete die “Initiativgruppe Ärzte” die dortigen Kampfgruppen und ließ Granatwerfer, Maschinengewehre und Munition abtransportieren.⁵⁵

Im übrigen waren alle Berufe beteiligt, also in charakteristischer Weise sehr oft solche nicht besonders herausgehobenen Charakters, einfache Durchschnittsbürger. Es mag genügen, die Berufe einer Rudolstädter Liste aufzuzählen, auf denen sich Personen als Mitglieder des NF in seiner Gründungszeit anmeldeten.

Bauingenieur, Laborant, Diplomchemiker, Maurer, Sachbearbeiterin, Diplomökonomin, Diplomingenieur, Meister, Verkäuferin, Geschäftsfüh-

⁵⁴ Siehe etwa den Bericht des MfS vom 1. 7. 1988 über die Flucht medizinischen Personals in den Westen und dessen Gründe in: F. Joestel (Hg.), *Die DDR im Blick der Stasi 1988* (Göttingen 2010) 197–200.

⁵⁵ Landesbeauftragte 2009, 19, 20, 25.

rer, Fernmeldemechaniker, Bankkauffrau, Laborantin, Former, Kripenerzieherin, Finanzkauffrau, Zimmerer, Fachinformator, Ingenieurin, Elektriker, FA-Verkäuferin, FA-Verkäufer, Kaufmann, Elektromonteur, Chemiefacharbeiterin, Elektromeister, Wasserbaufacharbeiter, Elektromeister, Elektromonteurin, Maurer, Elektromonteur, Schlosser, Berufskraftfahrer, Kfz-Schlosser, Fachverkäuferin, Kfz-Schlosser, Kfz-Schlosser, Sekretärin, Sekretärin, Maurer, Sekretärin, Fachverkäuferin, Kraftfahrer, Ärztin, Arzt, Maler, Köchin, Dreher, Maurer, Anlagenfahrer, Lehrer.⁵⁶

In diesen Zusammenhang gehört auch die Tatsache, daß Streiks in diesem angeblichen Arbeiterstaat jetzt erstmals und häufig auftraten und dazu dienten, den Forderungen der demokratischen Revolution gegenüber der Parteidiktatur Nachdruck zu verleihen. Beispielsweise verhinderten am 7. November Arbeiter in Gera die Auslieferung von Schutzgittern, die bei dem Vorgehen gegen Demonstrationen verwendet werden sollten; im Dezember und Januar fanden politische Warnstreiks in den Ruhlaer Uhrenwerken statt; am 5. Dezember blockierten Suhlener Busfahrer das MfS-Gebäude, um den heimlichen Abtransport von Akten zu verhindern; am 8. Januar gab es einen politischen Warnstreik in Gotha; am 8., 9. und 10. Januar politische Warnstreiks in Stadt und Bezirk Suhl; am 11. Januar politischer Warnstreik in Weimar; am 12. Januar politischer Warnstreik im Mikroelektronik-Werk Erfurt; am 15. Januar in Gotha Streik der Rotkreuzfahrer wegen der mangelhaften Krankentransportfahrzeuge und in Jena politischer Warnstreik; in Gera, Pößneck und Neustadt a.d. Orla politische Warnstreiks; am 16. Januar Lobenstein; am 22. Januar Streik im VEB Brauhaus Mühlhausen für bessere Arbeitsbedingungen.⁵⁷

Besonders hervorzuheben ist schließlich das Alter der Teilnehmer. Zur Überraschung der Herrschenden waren es gerade jüngere Menschen, die den Großteil der Ausreiser wie auch den aktiven Teil der Demonstranten und dann der Mitarbeiter in den revolutionären Gremien stellten. Ein Grund war der, daß den älteren, darunter besonders den Frauen und Männern der Kirche, die brutale Herrschaftspraxis und die Kirchenverfolgung der hochstalinistischen Zeit der fünfziger Jahre – mit dem Niederschlagen des Aufstandes vom 17. Juni 1953 – noch in den Knochen steckte. Jedenfalls ist der Befund der folgende: Im Rat des Kreises Schmalkalden hieß es am 20. September zum Thema der Flüchtlinge: “Die Volksbildung

⁵⁶ Rudolstadt (o. Anm. 3) 118 f.

⁵⁷ Ruhla: Hoffmeister, Hempel (o. Anm. 2) 190, 194; Suhl (o. Anm. 3) 53; Gotha 1 (o. Anm. 3) 161; Suhl (o. Anm. 3) 58; Weimar (o. Anm. 3) 78–80, 140; Erfurt: Landesbeauftragte (o. Anm. 3) 27; Gotha 2 (o. Anm. 3) 37; Jena (o. Anm. 3) 110 f., 115, 194; Neustadt a. d. Orla (o. Anm. 3) 160; Lobenstein: Landesbeauftragte (o. Anm. 3) 27; Mühlhausen 2 (o. Anm. 3) 10.

ist insofern an der ganzen Geschichte beteiligt, als die Emigranten zu fast 100% junge Menschen und junge Familien mit Kindern sind“; der Vorsitzende des Rates des Kreises Pößneck am 29. September: Es “wird das Durchschnittsalter der Antragsteller immer jünger. Es beträgt z. Zt. 28 Jahre”. Bei den Kundgebungen in Suhl am 15. und 18. Oktober waren die Teilnehmer “vor allem jüngere Leute. Die Mehrheit ist im Alter von 20 bis 40 Jahren.”; der Vorsitzende des Rates des Kreises Gotha berichtete von einer Demonstration vom 19. Oktober: “Mit Verlassen der Kirche bildete sich sofort ein Demonstrationzug von ca. 200 Personen im Alter zwischen 18–50 Jahren. An der Spitze des Zuges befanden sich bis zu 25 Erwachsene im jugendlichen Alter. Der überwiegende Teil der Demonstranten befindet sich im Alter von 30-40 Jahren”. Für das Friedensgebet vom 25. Oktober in Sondershausen stellte das MfS fest: “Von den Teilnehmern waren ca. 90% Jugendliche bis 25 Jahre.”; in Sonneberg bekannte ein 70jähriger am 11. Dezember: “Wir müssen unserer Jugend sehr dankbar sein. Auch wenn viele ihre Heimat verlassen haben. Sie war und ist mutiger als wir damals. Eigentlich hat sie den Prozeß der Wende herbeigeführt”.⁵⁸

Vielleicht hängt es mit dem jugendlichen Alter zusammen, daß, wenn gesungen wurde, es oft keine traditionellen Lieder waren, sondern solche, die bisher aus dem offiziellen Unterricht oder politischen Veranstaltungen bekannt waren, darunter zwei mit jetzt deutlich anderer Bedeutung. So wird aus Pößneck vom 23. Oktober berichtet: “Bevor die Menschen auseinandergingen, singen sie sogar noch die “Internationale” mit der Textzeile “Erkämpft das Menschenrecht””, oder aus Friedrichroda “We shall overcome”. Aber es waren natürlich die kraftvollen evangelischen Choräle, die auf kirchlichen Veranstaltungen gesungen wurden. Es dürfte Zufall sein, daß ich nicht auf Martin Luthers “Ein feste Burg ist unser Gott” gestoßen bin, aber in Apolda erklang in der Lutherkirche

Wach auf, wach auf, du deutsches Land!
 Du hast genug geschlafen.
 Bedenk, was Gott an dich gewandt,
 Wozu er dich erschaffen.

...

Die Wahrheit wird jetzt unterdrückt,
 Will niemand Wahrheit hören;
 Die Lüge wird gar fein geschmückt,
 Man hilft ihr oft mit Schwören;

⁵⁸ Schmalkalden (o. Anm. 3) 25; Neustadt a. d. Orla (o. Anm. 3) 41; Suhl (o. Anm. 3) 16; Gotha 1 (o. Anm. 3) 59; Sondershausen (o. Anm. 3) 57; Sonneberg (o. Anm. 3) 85.

in Meiningen wurde “O komm du Geist der Wahrheit” gesungen, in Friedrichroda “Sonne der Gerechtigkeit, Gehe auf zu unsrer Zeit”, und in Sonneberg:

Nun danket alle Gott
Mit Herzen, Mund und Händen,
Der große Dinge tut
An uns und allen Enden.

Aus Gera wird zudem berichtet: “Ein besonders erhebender Augenblick war, als Kantor Burghardt Zitzmann auf der Orgel in St. Johannis erstmals die “Siegessäule” von Max Reger ertönen ließ, worin das “Deutschlandlied” eingebettet ist”.⁵⁹

Natürlich haben auch Bibelworte die kirchlichen Veranstaltungen begleitet. Das Christliche Zentrum des Eichsfeldes griff die MfS-Dienststelle in Worbis mit ihren 74 Beschäftigten durch das Wort des Paulus an “so jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen” (2. Brief an die Thessalonicher, 3, 10), und der SED prophezeite es mit Jesus: “Denn wer sich selbst erhöht, der soll erniedrigt werden” (Lukas 14, 11; auch Matthäus 23, 12). Und am 9. November empfand man die Prophezeiung aus Psalm 126, 1 f. als erfüllt:

Wenn der Herr die Gefangenen Zions erlösen wird, werden wir sein wie die Träumenden. Dann wird unser Mund voll Lachens und unsere Zunge voll Rühmens sein. Da wird man sagen unter den Heiden: Der Herr hat Großes an ihnen getan!⁶⁰

Sachsen war mit der revolutionären Entwicklung am schnellsten und zögerte auch nicht, das deutlich zum Ausdruck zu bringen. Gerne wurde dort darauf hingewiesen, daß die Norddeutschen in Mecklenburg und Pommern mit den Demonstrationen hinterherhinkten, und es soll sogar so gewesen sein, daß ihnen deshalb an sächsischen Tankstellen das Tanken schwer gemacht wurde. Aber auch Autos mit thüringischen Kennzeichen soll gesagt worden sein: “Geht Ihr erst mal auf die Straße, dann gibt’s auch wieder Sprit für Euch!”⁶¹ Aber Thüringen hat dennoch auch zur Symbolik der Revolution Spezifisches beigetragen. Die Ausreiserbewegung hatte sich dadurch kenntlich gemacht, daß Antragsteller an Autoantennen ein weißes

⁵⁹ Neustadt a. d. Orla (o. Anm. 3) 84; Hoffmeister, Hempel (o. Anm. 2) 143; a. a. O., 103; Meiningen (o. Anm. 3) 60; Hoffmeister, Hempel (o. Anm. 2) 143; a. a. O., 63. Das Deutschlandlied ist seit der Weimarer Republik die deutsche Nationalhymne; während des Bestehens der DDR nur die westdeutsche.

⁶⁰ Hoffmeister, Hempel (o. Anm. 2) 135, 136, 105.

⁶¹ Suhl (o. Anm. 3) 16; Sonneberg (o. Anm. 3) 5.

Band befestigten. Jetzt gab es Variationen. In Schmalkalden besorgte der Pfarrer Reinhard Naumann eine Rolle gelbes Band, das den gewaltfreien Protest symbolisieren sollte. „Fortan sah man viele Menschen mit diesem gelben Schleifchen in Schmalkalden und Umgebung. Sogar vom Kirchturm herunter wehte ein riesiges gelbes Band. Die gelben Bänder wurden zum Symbol für die friedliche Revolution in Schmalkalden“.⁶²

In Hildburghausen hatten Handwerker 40 cm lange grüne Bänder – für jedes Jahr des Bestehens der DDR ein cm – als Zeichen der Revolution geschaffen und sie weiter verbreitet, sogar bis Magdeburg: Im Magdeburger Dom erklärten diese Handwerker am 23. Oktober: „Nach 40 Jahren ewigem Rot jetzt das zarte Grün der Hoffnung. Wir haben im Dom diese Hoffnung gelernt. Das grüne Band der Hoffnung soll uns begleiten“, und fortan wurde es auf allen Magdeburger Demonstrationen mitgeführt. In Sonneberg hieß es: „Und so tragen wir weiterhin als Zeichen der Hoffnung im Dunkeln unsere Kerzen und im Hellen das grüne Band der Hoffnung“. In Rudolstadt wurde der Demonstration des 2. November die – jetzt richtig verstandene – Friedenstaube vorangetragen, und Neustadt an der Orla symbolisierte seine Revolution in eigenständiger Weise durch große konzentrische Kreise in den Farben des Regenbogens.⁶³

Am 3. Dezember – also einen Tag vor der Besetzung der MfS-Dienststellen – durchzog eine Menschenkette die gesamte DDR von Norden nach Süden; das geschah nach dem Vorbild der baltischen Menschenkette vom 23. August und symbolisierte damit auch die Verbundenheit mit den Selbstbefreiungsbewegungen in anderen Teilen des Sowjetimperiums. Eine spezifische Menschenkette gab es am 7. Januar über das gesamte Eichsfeld, das durch die Spaltung Deutschlands ebenfalls getrennt worden war. Jetzt standen also 70 km lang Menschen nebeneinander, aus Ost und West, Hand in Hand, durch Thüringen, Hessen und Niedersachsen – von Deutschland nach Deutschland.

IV

Lange Zeit wurden die Herbstereignisse 1989/1990 in der DDR, einen Ausdruck des Generalsekretärs Krenz aufnehmend, „Wende“ genannt und dadurch heruntergespielt, obwohl schon damals selbst von kommunistischen Funktionären durchaus auch von „Revolution“ gesprochen worden war. Zu dieser nichtssagenden Bezeichnung als bloße Wende mag auch die Tatsache beigetragen haben, daß die Demonstrationen oft durchaus in einer heitergelösten Stimmung abliefen und zahlreiche Plakate geistreich-ironisch und

⁶² Schmalkalden (o. Anm. 3) 49 f.

⁶³ Schuller (o. Anm. 1) 151; Sonneberg (o. Anm. 3) 24; Rudolstadt (o. Anm. 3) 47; Neustadt a. d. Orla (o. Anm. 3) Frontispiz u. ö.

witzig waren. Diese Heiterkeit, zu der es auch gehörte, daß Funktionäre gelegentlich einfach ausgelacht wurden, wie etwa die Sekretärin für Agitation und Propaganda von Mühlhausen,⁶⁴ gehörte aber bereits zu einer späteren Phase, in der die ursprüngliche und berechtigte Angst überwunden war. Angst ist wohl der Faktor, der am wenigsten belegt werden muß, dennoch sollen hier einige thüringische Stimmen zu Gehör gebracht werden.

“Ich erinnere mich aber auch an die Angst, die ein ständiger Begleiter war – Angst vor der erwarteten, der vermuteten Reaktion einer gegen seine Bürger hochgerüsteten Staatsmacht. In Erinnerung waren immer die DDR 1953, Ungarn 1956, die CSSR 1968, später Polen [...] Ich erinnere mich – es war während eines der Fürbittgottesdienste in dieser Kirche – wie eine männliche Stimme, bebend vor Erregung, aus einer Empore in das Kirchenschiff rief: “Warum habe ich vor der Stasi mehr Angst als vor einem Atomkrieg!” – “Ich wollte keine Angst mehr haben”. – “Die Furcht zog mit, als in Heiligenstadt am Abend des 23. Oktober die ersten Mutigen mit Kerzen in den Händen von St. Gerhard aus zum Friedensplatz gingen”. – “Nur hinter den Gardinen bewegt sich etwas. Ganz verstohlene Sympathie. Vermischt mit Angst. Es könnte doch alles wieder kippen. Ich kann es den Menschen nicht verdenken. Sie haben 40 Jahre lang Angst gehabt”.⁶⁵

Nun haben die Veranstaltungen und Publikationen zum 20. Jahrestag der Ereignisse 2009 einen Wandel im Sprachgebrauch mit sich gebracht. Von Wende wird kaum noch gesprochen, fast nur noch von Revolution. Das mag zum einen an den vielen neuen Erkenntnissen auch für Thüringen liegen, die diese Bezeichnung unabweisbar machen, zu einem anderen Teil aber wohl auch daran, daß das meist mit dem Zusatz “friedlich” geschieht. “Friedliche Revolution” ist zur allgemeinen Bezeichnung geworden. Damit ist vor allem gemeint, daß kein Blut geflossen ist und von den Revolutionären keine Gewalt angewandt wurde. Es hat gewiß auch mit dem äußeren Bild zu tun, bei dem besonders die mitgeführten brennenden Kerzen den Eindruck äußerster Friedlichkeit vermitteln; “Revolution der Kerzen” wird daher auch gelegentlich gesagt, womit auch die besondere Rolle benannt ist, die die evangelische Kirche gespielt hat. Die auf dem Gebiet der DDR nur schwach vertretene katholische Kirche hielt sich eher zurück, beteiligte sich aber insbesondere dort, wo sie wie auf dem Eichsfeld stärker war. Diese Friedlichkeit bezog sich zudem auf beide Seiten: Anscheinend gibt es Hemmungen, mit Gewalt gegen Menschen vorzugehen, die eine Kerze tragen, und außerdem kann jemand, der mit der

⁶⁴ Mühlhausen I (o. Anm. 3) 11.

⁶⁵ Zeulenroda (o. Anm. 3) 19 f. <aus der Erinnerung 2009> – Hoffmeister, Hempel (o. Anm. 2) 30 – Sonneberg (o. Anm. 3) 16 <31.10.>. Zur Funktion der Gardinen heißt es in Rudolstadt, 51 etwas weniger verständnisvoll: “In der Thälmannstraße bewegten sich manche Gardinen. Fenstergucker wollten nicht gesehen werden”.

einen Hand eine Kerze trägt und mit der anderen die Flamme beschützt, nicht selbst Gewalt anwenden.

In diesem Sinne richtete sich der oft in Sprechchören geäußerte Ruf "Keine Gewalt", der auch häufig auf Spruchbändern und Armbinden zu lesen war, ebenfalls an beide Seiten, nicht nur an die staatlichen Sicherheitskräfte, sondern auch an die Demonstranten. Dennoch ist der Ausdruck "Gewaltfreie Revolution" doch weniger geeignet. Zum einen impliziert er, daß auch von staatlicher Seite keine Gewalt angewandt worden wäre, und das war keineswegs der Fall. Bis zur zweiten Oktoberwoche wurden Demonstrationen gewaltsam und brutal "aufgelöst" und Verhaftete – "Zugeführte" – wurden regelmäßig ebenfalls brutal, teilweise ausgesprochen sadistisch behandelt. Zum anderen vermieden die Aktionen der Teilnehmer keineswegs immer körperliche Gewalt, häufig etwa beim Sturm auf die Staatssicherheits-Dienststellen, wenngleich nie Menschen zu Schaden kamen. Obwohl nun die Demonstrationzüge der Tausende, Zehntausende, in Leipzig sogar der Hunderttausende mit ihren Sprechchören erfreulicherweise etwas sehr, sagen wir, Kraftvolles, wenn nicht auch Drohendes hatten, empfiehlt sich doch alles in allem der Ausdruck "Friedliche Revolution". Auch für Thüringen.

Wolfgang Schuller
Universität Konstanz

Автор анализирует события осени 1989 г. в Тюрингии, сыгравшие важную роль в свержении коммунистического режима в ГДР.